

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 83. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigerpreise: Die Anzeigerpreise sind für den Monat 10 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 70 Pfg. u. wöchentlich 20 Pfg. Bei der Post bezogen und nicht abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 50 Pfg. Durch den Anzeiger frei ins Haus vierteljährlich 1.25 Mk., monatlich 40 Pfg. Fernhin täglich in den Mitteilungsblättern, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsanträge sind Ausgabebüro, sowie alle Postanfragen und Geschäftsverträge entgegen zu nehmen.

Regulierung: Durch unsere Redaktion frei ins Haus monatlich 10 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 70 Pfg. u. wöchentlich 20 Pfg. Bei der Post bezogen und nicht abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 50 Pfg. Durch den Anzeiger frei ins Haus vierteljährlich 1.25 Mk., monatlich 40 Pfg. Fernhin täglich in den Mitteilungsblättern, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsanträge sind Ausgabebüro, sowie alle Postanfragen und Geschäftsverträge entgegen zu nehmen.

Nr. 19 Mittwoch, den 23. Januar 1918 13. Jahrgang

Die Bolschewiki-Regierung in Gefahr.

Trotsky gegen die Ukraine. / Russische Minister ermordet. / Ein kühner Vorstoß türkischer Schiffe.

Das Selbstbestimmungsrecht.

In Petersburg üben sich die Maximalisten auf eine besondere, von ihnen bevorzugte Weise in der Anwendung des Selbstbestimmungsrechts: mit Bajonetten haben sie die Konstituante auseinandergejagt. Man kann nicht gerade sagen, daß solche Methode besonders demokratisch anmutet; sie riecht einigermassen nach Diktatur und würde den Faschismus nicht übel gefunden haben. Wenn die Herren Maximalisten das Selbstbestimmungsrecht aller übrigen in Frage kommenden Körperschaften so achten, wie sie das der verfassunggebenden Versammlung geachtet haben, so können sie sich eigentlich künftighin auch durch den wildesten Annelionsismus nicht bekehrt fühlen. So wie sie mit ihren eigenen Vätern in Petersburg verfahren sind, werden die Mittelmächte ganz gewiß mit keinem der Landesteile umgehen, um die Herr Trotsky mit so feuriger Dialektik in Brest-Litowsk gestritten hat. Und gerade die Brutalität, deren sich die Maximalisten gegenüber der Konstituante schuldig gezeigt haben und für die sie dauernd die schlagendsten, ja sogar die tödlichsten Beweise liefern, rechtfertigt auf das Beste den Entschluß der Mittelmächte, die Landesteile, um die es sich bei dem Streit von Brest-Litowsk handelt, nicht ohne weiteres wieder in die Gewalt Russlands zurückzugeben, sondern dafür Sorge zu tragen, daß diese Völker sich frei entscheiden können, wozu sie künftighin gehören wollen. Die Freiheit der Bolschewiki ist zu zweideutig, als daß unsererseits nicht mit weitgreifenden Sicherungen gearbeitet werden müßte.

Daß andererseits gerade wir das Selbstbestimmungsrecht der Völker in einer Weise, die politisch Frucht bringt, respektieren, zeigen die Fortschritte, die unsere Verhandlungen mit den Ukrainern aufweisen. Die Ukrainer haben eingesehen, daß sie zu uns Vertrauen haben können, und wir dürfen es uns selbst beständigen, daß wir tatsächlich gegenüber der Ukraine nichts getan haben, was solches Vertrauen hätte gefährden können. So haben sich denn die Beziehungen zwischen uns und der Ukraine gerade während der letzten Verhandlungstage sehr angenehm gestaltet, und es besteht berechtigte Aussicht, daß ein alle Beteiligten befriedigender Ausgleich gefunden werden wird. Daß auch hier mannigfache Schwierigkeiten zu überwinden waren und einige Fragen erst noch gelöst werden müssen, ist selbstverständlich; wenn aber nicht alles läuft, so wie es gelingen, zwischen der Ukraine und den Mittelmächten nicht nur einen dauernden Frieden, sondern auch die Wiederherstellung ausgiebiger Handelsbeziehungen und einen vollkommenen Austausch der kulturellen Güter herbeizuführen. Wir glauben gut unterrichtet zu sein, wenn wir annehmen, daß durch den etwaigen Friedensschluß zwischen der Ukraine und den Mittelmächten das Selbstbestimmungsrecht sowohl der auf österreichischem Gebiet lebenden Ukrainer als auch der auf ukrainischem Gebiet lebenden Polen vollständig gewahrt werden wird, freilich in einer Form, die in vollkommener Weise den staatlichen Zusammenhang zwischen der Ukraine wie den österreichisch-ungarischen Monarchie respektiert. Ist es soweit, so werden sich gewisse Trübungen, von denen wir während der letzten Tage hörten, daß sie sich in Oesterreich und in Ungarn bemerkbar gemacht haben, gewiß schnell klären, besonders, wenn etwa angeblich gewordenen Volksteile dadurch erfahren werden, daß auch das politische Selbstbestimmungsrecht gewisse Grenzen findet, nämlich die der Zweckmäßigkeit und des zügigen Behaltens bei der Abwicklung groß angelegter Kämpfe. Es wäre eine falsche Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, wenn man es mit nervöser Willkür und ängstlicher Schwäche verwechseln wollte. Auch darf nicht übersehen werden, daß alles Selbstbestimmungsrecht seine unbedingten Grenzen findet an den Erfordernissen etwaiger Koalition, durch deren Bindung man offensichtliche Vorteile, und zwar keine geringen, erreichen konnte. Schließlich ist auch das Selbstbestimmungsrecht ein Gut, das nur dann Nutzen schafft, wenn es mit weitest möglicher Vernunft und erzwingender Klugheit angewandt wird.

Politische Uebersicht.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.
Kommissionsberatungen.
Die deutsche Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten hat ihre Besprechungen mit den russischen Vertretern vorgestern fortgesetzt. Die Vorarbeiten für die weiteren wirtschaftlichen Kommissionsberatungen wurden

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 23. Januar.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Fast an der ganzen flandrischen Front war am Nachmittag der Feuerkampf gesteigert. Auch südlich von der Scarpe lebte die Gefechtsstätigkeit wieder auf. Bei St. Quentin wurden bei erfolgreicher Durchführung zahlreicher Erkundungen Gefangene eingebracht.
Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Nördlich von Soissons und nordöstlich von Aoncourt folgte starke Feuerwirkung französischer Vorstöße. In heftigen Nachkämpfen wurde der Feind zurückgeschlagen. Eigene Infanterieabteilungen drangen östlich von Malancourt in die feindlichen Gräben und kehrten mit einer Anzahl Gefangener zurück.
Zwischen Beaumont und Ornes nahm die Artillerietätigkeit am Abend zu.
Ostlicher Kriegsschauplatz.
Nahes Neues.
Mazedonische Front.
Die Lage ist unverändert.
Italienische Front.
In beiden Seiten der Brenta Artilleriekampf.
Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

einer Subkommission überwiesen, die bereits ihre Arbeiten aufgenommen hat. Vorgestern und gestern haben auch die ersten offiziellen Beratungen der deutsch-russischen Rechtskommission stattgefunden. Es wurden im einzelnen verhandelt und formuliert: die Beendigung des Kriegszustandes sowie die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die Entschädigungsfrage und die Wiederherstellung der Staatsverträge. Gegenwärtig wird über die Wiederherstellung der Privatrechte verhandelt.

Neue Unterhändler der Ukraine.
Wie die Berliner Blätter melden, ist von dem gegenwärtigen Vorsitzenden der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk, Joffe, bei der deutschen Friedensdelegation eine Mitteilung eingegangen, daß die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte in Charkow zwei Bevollmächtigte zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk entsendet und daß die russische Delegation diese beiden Herren als Mitglieder aufgenommen habe. Aus den begleitenden Schriftstücken geht hervor, daß die Regierung in Charkow dem Generalsekretariat in Kiew und der dortigen Zentralrada das Recht, im Namen der Ukraine zu verhandeln, abspricht; diese Körperschaft stelle lediglich Organe der Bourgeoisie dar. Die Charkower Regierung, die eine Filiale der Bolschewisten darstellt, sucht ihren Anschluß an die Petersburger Regierung als an das Zentralorgan Ukrainlands, der föderativen Gesamtrepublik des ehemaligen Zarenreiches. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Kiewer Regierung zu dieser neuen Sachlage stellen wird.

Das Petersburger Telegraphenbureau meldet aus Brest-Litowsk: Die russische Abordnung legte scharfen Protest gegen die Verhandlungen ein, die die ukrainischen Unterhändler mit den Mittelmächten geführt haben. Die „Pravda“ meldet, daß der Vollzugsausschuß der Sowjets verlange, daß Lenin selbst nach Brest-Litowsk abreise.

Russischer Bruch mit der Ukraine.
Zwischen der russischen und der ukrainischen Friedensdelegation ist es zum offenen Bruch gekommen. Die Petersburger Telegraphen-Agentur gibt bekannt: In Betracht dessen, daß die ukrainische Delegation ohne unser Wissen diplomatische Verhandlungen eingeleitet hat, sandte Trotsky ein Schreiben an die ukrainische Delegation, in dem es heißt: Während der Verhandlungen erklärte Kühlmann, daß in der Frage der be-

setzten Gebiete die Ukraine auf Verhandlungen eingehe, sobald Grenzen in Betracht kämen, die ihrem Einfluß unterliegen. Wie stellen nochmals ausdrücklich fest, daß die ukrainische Delegation trotz des sehr bestimmten Textes unseres Uebereinkommens und der gegenwärtigen Sachlage, die verlangt, daß wir solidarisch gegen den gemeinsamen Feind aufstreten, sich gegen die revolutionäre Moral vergangen hat, die kein geheimes Uebereinkommen mit Imperialisten dulden kann. Mit Rücksicht auf die Massen der Arbeiter und Bauern in Rußland und der Ukraine, deren Lebensinteressen auf dem Spiele stehen, beschloßen wir, jede Verantwortung für eure Verhandlungen abzulehnen. Wir wissen genau, daß das Vollzugsausschußkomitee augenblicklich ein großes Recht hat, im Namen der ukrainischen Republik zu sprechen, als die Kiewer Rada. Da sich nun eure Politik auf geheime Uebereinkommen und Verrat unserer Interessen gründet, finden wir es für Recht, darauf hinzuweisen, daß euer wirklicher Einfluß in keiner Weise euch das Recht gibt, im Namen der ukrainischen Republik zu sprechen.

Trotsky sucht damit also unsere Verhandlungen mit der Ukraine, die bereits vor dem Abschluß des Friedensvertrages standen, zu durchkreuzen. Man darf nur gespannt sein, ob die Zentralrada in Kiew, die mit uns verhandelte, sich diese armahende Sprache Trotskys gefallen lassen wird.

Es sind inzwischen folgende weitere Meldungen eingelaufen:

Ministerrat der Ukraine.
Das Generalsekretariat der Ukraine tritt am 28. Januar zu einem außerordentlichen Ministerrat in Kiew zusammen. Der Rat wird sich mit den bisherigen Ergebnissen der Verhandlungen zwischen den ukrainischen Unterhändlern und den Delegierten der Zentralmächte beschäftigen und die entsprechenden Vollmachten zum Abschluß eines Friedens zwischen der Ukraine und den Zentralmächten erteilen.

Ein österreichischer Bericht über Brest-Litowsk.
Das R. u. O. Telegr.-Bureau meldet aus Brest-Litowsk: Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeitigt, daß begründete Hoffnung besteht, über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages Einigung zu erzielen. Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Aussetzung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben einander zugesagt, sofort nach Abschluß ihrer Besprechungen in der Heimat nach Brest-Litowsk zurückzukehren.

Die bevorstehende Rangierrede.
Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nunmehr bestätigt, wird der Reichskanzler Graf Hertling am Donnerstag im Hauptauschuß des Reichstages das Wort nehmen. Dagegen ist es, wie der „Volkswagen“ schreibt, unsicher, ob sich an die Rede des Grafen Hertling eine Aussprache schließen wird. Die Entscheidung hierüber ist einer Konferenz vorbehalten, die Herr v. Kühlmann heute mit den Parteiführern über die Vorgänge in Brest-Litowsk haben wird. Die gemeinsam mit Herrn v. Kühlmann zu fassende Entscheidung über eine Erörterung der Hertlingschen Darlegungen soll lediglich von der Beantwortung der Frage abhängig gemacht werden, welchen Einfluß diese Erörterung auf die für den 29. Januar vorgesehene Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowsk haben könnte.

Graf Czernin antwortet Wilson!
In Wiener eingeweihten Kreisen verläutet, daß der Minister des Aeußern, Graf Czernin auf die Friedensangebote Wilsons antworten würde. Voraussetzungen sind dies im Ausschuß für Auswärtiges der Delegationen gesehen. Graf Czernin dürfte keinen unbedingt ablehnenden Standpunkt einnehmen, sondern die Momente weiter ausbauen, in welchen sich eine Uebereinstimmung anzubahnen beginnt. Es ist selbstverständlich, daß der Minister dabei auch mit voller Deutlichkeit auf jene Stellen hinweisen wird, die sowohl vom Standpunkt Oesterreich-Ungarns, als auch vom Standpunkt der Bundesgenossen unannehmbar finden.

Abg. Stresemann über die Friedensfrage.
In einer nationalliberalen Versammlung in Dessau sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann über die

gegenwärtigen Friedensverhandlungen mit Rußland. Er wendet die große wirtschaftliche Bedeutung eines Friedensschlusses mit der Ukraine und betont, daß die militärische Bedeutung des russischen Friedensschlusses nur eine Frage der Zeit sei, da jeder weitere militärische Widerstand Rußlands unmöglich wäre. Gegenüber den Angriffen auf die Haltung der Regierung wie Stresemann darauf hin, daß die Entscheidung des kurländischen Landtages für engere Angliederung an Deutschland völkerrechtlich unbedingt auch von Rußland anerkannt werden müsse. Entschieden zurückzuweisen seien die neuerdings in unerschütterlicher Weise auftretenden Versuche österreichischer Politiker und Publizisten, die deutsche Außenpolitik zu beeinflussen, und sich sogar in innere persönliche Angelegenheiten einzumischen. Die Versuche des österreichischen Abgeordneten Dr. Viktor Adler, Deutschland in seine Kriegsziele hineinreden zu wollen, und die Unterstützung dieses Bestrebens durch den "Vorwärts" können nur die Wirkung haben, Trost in seinem Widerstand zu bestärken und dadurch den definitiven Friedensschluß hinauszuziehen. Nach den letzten Verhandlungen in Berlin dürfe man aber erwarten, daß die Regierung gegenüber derartigen Bestrebungen fest bleiben werde. Bei Besprechung der inneren Fragen betonte Dr. Stresemann, daß die notwendigen neuen Steuern tief in den Prozeß der Volkswirtschaft eingreifen und eine gewisse Revolutionierung bisheriger volkswirtschaftlicher Grundzüge in Bezug auf Zollfragen in sich bergen würden.

Die Vorgänge in Rußland.

Zwei ehemalige russische Minister ermordet!

Die Newyorker Associated Press meldet aus Petersburg vom 21. Januar: Die früheren Minister des Kabinetts Kerenski, Tschingarew und Koleschkin, wurden letzte Nacht im Marine-Hospital, wohin sie aus der Peter-Pauls-Festung krankheitshalber verbracht worden waren, in ihren Betten ermordet. Ein Dutzend bewaffneter Männer drang in das Hospital ein, fragte, wo die Minister lagen, und feuerte 8 Schüsse auf Tschingarew und 2 auf Koleschkin ab. Beide wurden getötet. Die Mörder verließen darauf das Hospital. Weiter wurde ein Mordversuch gegen den bolschewistischen Wahlkommissar Uziky unternommen.

Von der Konstituante.

Havas meldet aus Petersburg: Venin sollte einer Abordnung der Provinzialdumas mit, daß es der verfassunggebenden Versammlung nicht gestattet sein werde, sich anderswo zu versammeln, und daß, um die aufgelöste Versammlung einzuberufen, es eines neuen Beschlusses des nächsten Kongresses der Sowjets bedürfe. Das Zentralkomitee der Sowjets tritt zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um die durch die Ereignisse in Petersburg herbeigeführte Lage zu prüfen. — Die "Morning Post" meldet, daß die Petersburger Regierung Neuwahlen für die russische Volksvertretung für den 27. Februar ausgeschrieben hat. Der Zusammentritt der neuen Volksvertretung soll erst nach Abschluß des Friedens mit den Mittelmächten erfolgen.

Benin beherrscht die See.

Corriere della Sera erfährt aus Petersburg, daß zahlreiche Abgeordnete verhaftet worden sind, und weitere Verhaftungen bevorstehen. Die Sozialrevolutionäre haben beschlossen, keinen öffentlichen Aufstand zu provozieren und sich nicht gegen die Diktatur Benins aufzulehnen. Bei den letzten Straßenkämpfen gab es 120 Opfer, darunter 20 Tote. Die rote Garde und Benins Matrosen sind Herren der Lage in Petersburg.

Der russische Staatsbankrott.

Die "Morning Post" meldet: Das britische Staatsamt erhielt zuverlässige Informationen, die die vollkommene Zahlungslosigkeit der russischen Staatsverpflichtungen bestätigen. Die Forderungen an Rußland werden durch die russischen Golddeponierungen in London nur teilweise gedeckt. Mit der Zahlungseinstellung ist in Petersburg ein Verbot an die Banken ergangen, bis auf weiteres Schecks und Zahlungsanweisungen an das Ausland zu geben.

Deutscher Geist auf türkischen Schiffen.

Erfolgreicher Vorstoß der "Göben" und "Breslau".

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Am 20. Januar stießen türkische Streitkräfte, und zwar der Panzerkreuzer "Sultan Javus Selim" (früher "Göben"), der kleine Kreuzer "Mibilli" (früher "Breslau") und Torpedoboote, auf den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die durch Flogeräubung bei der Insel Imbros festgesetzt waren. Ein großer und ein kleiner englischer Monitor wurden vernichtet, ein Transportdampfer von 2000 Tonnen versenkt, mehrere Güter schwer beschädigt und die englische Signalfstation in der Kephala-Bucht zerstört. Beim Rückmarsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer "Mibilli" durch mehrere Unterwasserminen oder Unterseebooten gesunken. "Sultan Javus Selim" kam beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen in der Enge bei Nagara leicht fest. Er ist nicht, wie in der englischen amtlichen Meldung behauptet wird, durch schwere Beschädigung auf Strand gesetzt.

Der türkische Bericht.

Die Agentur Mitl meldet: Dardanellen. In einem kühnen Angriff stießen gestern "Javus Selim", "Mibilli" und Torpedoboote aus den Dardanellen vor, um feindliche Streitkräfte, die bei Imbros festgesetzt waren, zu vernichten. 2 feindliche Monitore ("Maglan" und W. 28), ein Transportdampfer von 3000 Tonnen, eine Signalfstation und zahlreiche Munitionsdepots wurden vernichtet. Ein feindliches Flugzeug wurde abgeschossen, ein anderes schwer beschädigt. Die Küstenbatterien beschossen erfolgreich feindliche Torpedoboote. Bei der Rückfahrt sank "Mibilli" durch mehrfache Minentreffer.

Bericht des englischen Admirals.
Die Admiralität meldet: Der englische Oberbefehlshaber im Mittelmeer meldet, daß der deutsche Schlachtkreuzer "Göben" (türkischer Name "Sultan Selim"), der leichte Kreuzer "Breslau" (türkischer Name "Mibilli") und Zerstörer am Sonntag, den 20. Januar, morgens, am Dardanelleneingang mit englischen Streitkräften in ein Gefecht verwickelt waren. Die "Breslau" sei gesunken, die "Göben" sei entkommen, sei aber anscheinend ernstlich beschädigt in den Engen der Straße auf Strand gesetzt worden. Sie sei von Seeflugzeugen angegriffen worden. Weitere Einzelheiten werden erwartet. Wir verloren den Monitor "Maglan" und einen kleinen Monitor.

Ernste Ereignisse in England.

Rücktritt Carsons.

Amlich wird aus London mitgeteilt, daß Carson als Mitglied des Kriegskabinetts zurückgetreten ist. Carson galt im englischen Kabinett als einer der starken Männer. Seine Stellung war schon seit einiger Zeit erschüttert. Ob er nur aus dem Kriegsrat (der fängslebige Ausschuss der Ministeriums) oder aus dem Kabinett überhaupt ausscheidet, wird in der Meldung nicht ausdrücklich gesagt. Reuter meldet, daß der Rücktritt Carsons nicht auf Zwistigkeiten im Kriegskabinett im Zusammenhang mit dem Krieg zurückzuführen sei. Das Rücktrittsgesuch wurde in freundlichem Sinne eingebracht, da Carson der Regierung freiere Hand bei Behandlung der türkischen Angelegenheiten zu geben wünschte.

Lebensmittelpreiserhöhungen in Manchester.

Die Lebensmittelknappheit hat in Manchester am 18. d. M. bemerkenswerte Stundengruppen hervorgerufen. Sämtliche Arbeiter- und Arbeiterinnen der acht größten Munitionsfabriken legten die Arbeit nieder und marschierten zum Rathaus, um die nationale Zwangsrationierung mit einer gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel für alle Gesellschaftskreise zu verlangen. Eine weitere, einem Generalstreik gleichkommende, 100000 Personen umfassende Demonstration gegen die ungleiche Lebensmittelversorgung wurde für nächsten Sonnabend beschlossen.

Bedrohliche Vorgänge in Schottland.

Ein Berichterstatter der "Daily News" gibt eine eingehende Schilderung der bedrohlichen Lage in den schottischen Industriebezirken. Die dortigen Gewerkschaften haben ihr Ultimatum an die Regierung aufrechterhalten, demzufolge am 21. Januar ein Generalstreik in der Edg-Industrie einsetzen werde, falls die neuen Steuererhöhungen bis dahin nicht zurückgezogen wären. Der Berichterstatter fährt aus, daß die wirklichen Ursachen für die revolutionäre Haltung der Arbeiterklasse nicht in wirtschaftlichen oder rechtlichen Einwendungen gegen die Vorschläge der Regierung zu suchen seien, sondern in der allgemeinen Kriegsleidenschaft.

Günstigswirtschaft im englischen Meer.

Bei der Unterhausdebatte am 17. Januar über die Mannschafteverhältnisse beklagte ein Abgeordneter sich bitter über die in der englischen Armee herrschende Mangelwirtschaft. Wenn es keine Bevorzugung gäbe und alle Gesellschaftsklassen die gleichen Opfer brächten, würde man seitens der Arbeiter keine Krisis zu befürchten brauchen. Im Lande herrsche die weitverbreitete Ansicht, daß das zur Verfügung stehende kräftige Menschenmaterial in nutzloser Weise verwendet worden sei.

Lebensmittel, die England nicht erreichen!

Der Schiffsraum in England ist, wie "Daily Mail" aus Sidney meldet, die Veranlassung, daß der Gesamtexport der Getreideernte Australiens für den Weltverkehr aufgehalten wird, da keine Schiffe vorhanden sind, um das Getreide von Australien nach England oder Amerika zu bringen. Auch von der vorjährigen Ernte sind noch größere Mengen in Australien übriggeblieben, da das Land selbst nur ein Drittel der durchschnittlichen Ernte benötigt.

Ein Lebensvorschlag englischer Arbeiter.

In Woolwich haben zwei Arsenalarbeiter einen Antrag eingebracht, der angenommen wurde und der die Regierung ersucht, mit den Kriegführenden Verhandlungen anzuknüpfen auf folgender Grundlage: Selbstbestimmungsrecht der Völker, keine Annexionen, kein Schadenersatz. Sollten die Verhandlungen ergeben, daß der deutsche Imperialismus das einzige Hindernis des Friedens ist, so ist die Vermählung bereit, an der Fortsetzung des Krieges mitzuwirken, bis diese Ziele erreicht sind. Weiter wird auf die Einberufung einer internationalen Arbeiterkonferenz gedrungen.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Dresden, 21. Januar.

Eine wichtige Kammerverhandlung.

Die Zweite Kammer trat heute nachmittag in Gegenwart der Staatsminister Beck, Graf Witzthum von Geyersdorf, von Seydewitz und Dr. Nagel zu ihrer 17. öffentlichen Sitzung zusammen, der auf der Diplomatentribüne der preussische Gesandte Graf von Schwerin beizuhilte. Zunächst erlegte das Haus in Schlussberatung Kap. 32 bis 38 des Dreijahreshaushalts über den Staatshaushalt auf die Jahre 1914/15 betr. den Beschäftigung des Gesamtministeriums sowie Kap. 32 und 33 des ordentlichen Staatshaushaltsplans für 1918/19 betr. Gesamtministerium und Staatsrat sowie Kabinettskanzlei. Über den 1. Punkt berichtete Wdg. v. Wern (konf.). Er beantragte, die beiden Kapitel in Gesamtministerium und Staatsrat, Ordenskanzlei, Hauptstaatsarchiv und Oberrechnungskammer vorgezogenen geringen Ueberschreitungen nachträglich zu genehmigen.

Wdg. Dr. Hahn (konf.) beantragte: Die Kammer wolle beschließen: 1. Bei Kap. 32, Gesamtministerium und Staatsrat, a. nach der Vorlage die Ausgaben mit 39 893 000 M. zu bewilligen, b. die königliche Staatsregierung zu ersuchen, daß das Gesetz, und Verwaltungspläne derjenigen Abteilungen, die an jenen, u. n. t. g. l. t.

lich zugestellt wird; 2. Bei Kap. 33, Kabinettskanzlei, nach der Vorlage die Ausgaben mit 10 27 M. zu bewilligen.

Wdg. Dr. Dietel (fortsch.) fragt, wie sich die Regierung zur

Abhängigkeit der Strafen in den Personalverhältnissen stelle, ähnlich, wie es in Preußen durchgeführt sei.

Das Antworttelegramm des Königs.

Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion die Forderung in Kap. 33 ablehne, da sich die Regierung der Mehrheit des Volkes entgegenstelle. Der Reichstag und unsere Verbündeten seien der Ansicht, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abgeschlossen werde. Auch der österreichische Außenminister habe sich hierfür erklärt. Es sei notwendig, auch den Friedenswillen im Ausland zu steigern. Die Sozialdemokratie wünsche keinen Bergfriede, sondern einen Vergleichsfrieden, dahingehend, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne behalte. Der Redner besprach dann das Antworttelegramm des Königs an die Blaunener Delegation für einen deutschen Frieden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Handlungen des Königs nicht kritisiert werden dürften. Da jedoch das Gesamtministerium hierfür verantwortlich sei, lehne die Sozialdemokratie die Forderung für das Gesamtministerium ab. In der gestrigen Kreisversammlung habe man dem König auch noch den Dank für sein Telegramm ausgesprochen. Er protestiere dagegen, daß in dem Telegramm etwas behauptet werde, was nicht zutrefte. Nach seiner Meinung sei der König vom Gesamtministerium schlecht beraten. Auch in Sachen habe man den Versuch gemacht, eine Annäherung zwischen Monarchie und Sozialdemokratie herbeizuführen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß einem gegenseitigen Austausch nichts im Wege stehe. Eine weitere Annäherung sei jedoch infolge der Haltung der Regierung nicht möglich. Er verweise nur auf die Vorlagen betr. die Reform der Ersten Kammer und den Entwurf einer neuen Verfassungsordnung. Der letztere sei ein Manneswerk und eine Bekräftigung des Hauses. Auch eine Wahlrechtsreform wie in Preußen sei noch. Die Ausführungen des Redners wurden vielfach von Zuhörern unterbrochen.

Staatsminister Dr. Beck.

bermerkt, daß die Anregung des Wdg. Dr. Dietel bereits Gegenstand von Erörterungen im Gesamtministerium bilde. Gegen die Behauptung des Vizepräsidenten Fräßdorf, nach der sich die schließliche Regierung den Wünschen der Mehrheit entgegenstelle, müsse er schärfste Bewahrung einlegen, ebenso auch dagegen, daß die Kriegstreiber ihre Unterstützung bei der Regierung fänden. Die Staatsregierung werde nur einem Frieden zustimmen, der die Zukunft Deutschlands nach jeder Richtung hin sichere. Es müsse dafür Sorge getragen werden, daß die ungeheuren Opfer unserer Heldentaten nicht vergebens gewesen seien. Die Beratungen des Gesamtministeriums mit dem König würden jederzeit von der ersten Besorgnis für das Wohl des Landes und des Volkes geleitet. Mit der Angelegenheit des Blaunener Telegramms sei das Gesamtministerium überhaupt nicht befaßt worden, sondern lediglich der Minister des Innern. Würde dies der Fall gewesen sein, dann würde auch das Gesamtministerium seine Zustimmung zu dem Antworttelegramm gegeben haben. (Lebhaftes Bravo.) Auch für den König müsse das Recht der freien Meinungsäußerung in Anspruch genommen werden. Bei dem Telegramm handele es sich um keine Verfügung in einer Regierungsangelegenheit. Mit beiden Kundgebungen habe der Monarch lediglich die Zurechnung ausgesprochen, daß der Kaiser, gestützt auf die Wehrkraft Deutschlands, nur einem Frieden seine Zustimmung geben werde, der die Zukunft Deutschlands sichere. Kein Wunsch sei wohl nach den großen Opfern berechtigter als dieser, und es sollte keinen Deutschen geben, der sich diesem Wunsche nicht anschließe. Deshalb solle man dem König aus warmem Herzen dafür danken, daß er diesen Wunsch Ausdruck gegeben habe. (Lebhaftes Zustimmung.)

Staatsminister Graf Witzthum v. Geyersdorf.

behält sich vor, die von dem Vizepräsidenten Fräßdorf angeführten Fragen bei einer späteren Gelegenheit zu erörtern. Das Telegramm des Königs habe ihm vorgelegen und sei mit seiner Zustimmung abgegangen. Als noch weitere ähnliche Telegramme bei Dr. Walewit eingingen, habe er im Auftrag des Königs den erwähnten Dankerlass in der sächsischen Staatszeitung veröffentlicht. Er übernehme für beide Kundgebungen die volle staatsrechtliche Verantwortung. Einzelheiten der Kriegsgeschehen seien hier nicht zu erörtern. Die Staatsregierung verwahre sich aber gegen den Gedanken einer Annexionspolitik wie gegen den Gedanken eines Bergfriedens. Unsere wirtschaftliche Lage werde durch einen sofortigen Frieden nicht verbessert und der Vizepräsident Fräßdorf habe mit seinen Ausführungen seinem Vaterlande einen schlechten Dienst erwiesen; denn dadurch werde im feindlichen Ausland der Eindruck erweckt, als ob wir gestanden seien, den Krieg infolge unserer wirtschaftlichen Lage beenden zu müssen. Dies sei jedoch durchaus nicht der Fall. (Lebhaftes Bravo.)

Vaterlandspartei und Admiral Tirpitz.

Wdg. Posern (natlib.) bemerkt, daß die Regierung nicht immer genau über die Stimmung im sächsischen Volke unterrichtet sei. Unsere Wehrkraft sei zu einem Frieden bereit unter der Voraussetzung, daß ihre Notlage sofort schwinde. Wenn dies nicht möglich sei, dann seien auch weite Kreise für den Frieden nicht zu haben. An den Friedensverhandlungen müßten auch Vertreter von Sachsen und Bayern teilnehmen.

Staatsminister bemerkt, daß Bayern aus der Reihe der Friedensverhandlungen ausbleibe.

Wdg. Dr. Fräßdorf der Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion die Forderung in Kap. 33 ablehne, da sich die Regierung der Mehrheit des Volkes entgegenstelle. Der Reichstag und unsere Verbündeten seien der Ansicht, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abgeschlossen werde. Auch der österreichische Außenminister habe sich hierfür erklärt. Es sei notwendig, auch den Friedenswillen im Ausland zu steigern. Die Sozialdemokratie wünsche keinen Bergfriede, sondern einen Vergleichsfrieden, dahingehend, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne behalte. Der Redner besprach dann das Antworttelegramm des Königs an die Blaunener Delegation für einen deutschen Frieden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Handlungen des Königs nicht kritisiert werden dürften. Da jedoch das Gesamtministerium hierfür verantwortlich sei, lehne die Sozialdemokratie die Forderung für das Gesamtministerium ab. In der gestrigen Kreisversammlung habe man dem König auch noch den Dank für sein Telegramm ausgesprochen. Er protestiere dagegen, daß in dem Telegramm etwas behauptet werde, was nicht zutrefte. Nach seiner Meinung sei der König vom Gesamtministerium schlecht beraten. Auch in Sachen habe man den Versuch gemacht, eine Annäherung zwischen Monarchie und Sozialdemokratie herbeizuführen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß einem gegenseitigen Austausch nichts im Wege stehe. Eine weitere Annäherung sei jedoch infolge der Haltung der Regierung nicht möglich. Er verweise nur auf die Vorlagen betr. die Reform der Ersten Kammer und den Entwurf einer neuen Verfassungsordnung. Der letztere sei ein Manneswerk und eine Bekräftigung des Hauses. Auch eine Wahlrechtsreform wie in Preußen sei noch. Die Ausführungen des Redners wurden vielfach von Zuhörern unterbrochen.

Wdg. Dr. Fräßdorf der Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion die Forderung in Kap. 33 ablehne, da sich die Regierung der Mehrheit des Volkes entgegenstelle. Der Reichstag und unsere Verbündeten seien der Ansicht, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abgeschlossen werde. Auch der österreichische Außenminister habe sich hierfür erklärt. Es sei notwendig, auch den Friedenswillen im Ausland zu steigern. Die Sozialdemokratie wünsche keinen Bergfriede, sondern einen Vergleichsfrieden, dahingehend, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne behalte. Der Redner besprach dann das Antworttelegramm des Königs an die Blaunener Delegation für einen deutschen Frieden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Handlungen des Königs nicht kritisiert werden dürften. Da jedoch das Gesamtministerium hierfür verantwortlich sei, lehne die Sozialdemokratie die Forderung für das Gesamtministerium ab. In der gestrigen Kreisversammlung habe man dem König auch noch den Dank für sein Telegramm ausgesprochen. Er protestiere dagegen, daß in dem Telegramm etwas behauptet werde, was nicht zutrefte. Nach seiner Meinung sei der König vom Gesamtministerium schlecht beraten. Auch in Sachen habe man den Versuch gemacht, eine Annäherung zwischen Monarchie und Sozialdemokratie herbeizuführen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß einem gegenseitigen Austausch nichts im Wege stehe. Eine weitere Annäherung sei jedoch infolge der Haltung der Regierung nicht möglich. Er verweise nur auf die Vorlagen betr. die Reform der Ersten Kammer und den Entwurf einer neuen Verfassungsordnung. Der letztere sei ein Manneswerk und eine Bekräftigung des Hauses. Auch eine Wahlrechtsreform wie in Preußen sei noch. Die Ausführungen des Redners wurden vielfach von Zuhörern unterbrochen.

Wdg. Dr. Fräßdorf der Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion die Forderung in Kap. 33 ablehne, da sich die Regierung der Mehrheit des Volkes entgegenstelle. Der Reichstag und unsere Verbündeten seien der Ansicht, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abgeschlossen werde. Auch der österreichische Außenminister habe sich hierfür erklärt. Es sei notwendig, auch den Friedenswillen im Ausland zu steigern. Die Sozialdemokratie wünsche keinen Bergfriede, sondern einen Vergleichsfrieden, dahingehend, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne behalte. Der Redner besprach dann das Antworttelegramm des Königs an die Blaunener Delegation für einen deutschen Frieden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Handlungen des Königs nicht kritisiert werden dürften. Da jedoch das Gesamtministerium hierfür verantwortlich sei, lehne die Sozialdemokratie die Forderung für das Gesamtministerium ab. In der gestrigen Kreisversammlung habe man dem König auch noch den Dank für sein Telegramm ausgesprochen. Er protestiere dagegen, daß in dem Telegramm etwas behauptet werde, was nicht zutrefte. Nach seiner Meinung sei der König vom Gesamtministerium schlecht beraten. Auch in Sachen habe man den Versuch gemacht, eine Annäherung zwischen Monarchie und Sozialdemokratie herbeizuführen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß einem gegenseitigen Austausch nichts im Wege stehe. Eine weitere Annäherung sei jedoch infolge der Haltung der Regierung nicht möglich. Er verweise nur auf die Vorlagen betr. die Reform der Ersten Kammer und den Entwurf einer neuen Verfassungsordnung. Der letztere sei ein Manneswerk und eine Bekräftigung des Hauses. Auch eine Wahlrechtsreform wie in Preußen sei noch. Die Ausführungen des Redners wurden vielfach von Zuhörern unterbrochen.

Wdg. Dr. Fräßdorf der Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion die Forderung in Kap. 33 ablehne, da sich die Regierung der Mehrheit des Volkes entgegenstelle. Der Reichstag und unsere Verbündeten seien der Ansicht, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abgeschlossen werde. Auch der österreichische Außenminister habe sich hierfür erklärt. Es sei notwendig, auch den Friedenswillen im Ausland zu steigern. Die Sozialdemokratie wünsche keinen Bergfriede, sondern einen Vergleichsfrieden, dahingehend, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne behalte. Der Redner besprach dann das Antworttelegramm des Königs an die Blaunener Delegation für einen deutschen Frieden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Handlungen des Königs nicht kritisiert werden dürften. Da jedoch das Gesamtministerium hierfür verantwortlich sei, lehne die Sozialdemokratie die Forderung für das Gesamtministerium ab. In der gestrigen Kreisversammlung habe man dem König auch noch den Dank für sein Telegramm ausgesprochen. Er protestiere dagegen, daß in dem Telegramm etwas behauptet werde, was nicht zutrefte. Nach seiner Meinung sei der König vom Gesamtministerium schlecht beraten. Auch in Sachen habe man den Versuch gemacht, eine Annäherung zwischen Monarchie und Sozialdemokratie herbeizuführen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß einem gegenseitigen Austausch nichts im Wege stehe. Eine weitere Annäherung sei jedoch infolge der Haltung der Regierung nicht möglich. Er verweise nur auf die Vorlagen betr. die Reform der Ersten Kammer und den Entwurf einer neuen Verfassungsordnung. Der letztere sei ein Manneswerk und eine Bekräftigung des Hauses. Auch eine Wahlrechtsreform wie in Preußen sei noch. Die Ausführungen des Redners wurden vielfach von Zuhörern unterbrochen.

Wdg. Dr. Fräßdorf der Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion die Forderung in Kap. 33 ablehne, da sich die Regierung der Mehrheit des Volkes entgegenstelle. Der Reichstag und unsere Verbündeten seien der Ansicht, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abgeschlossen werde. Auch der österreichische Außenminister habe sich hierfür erklärt. Es sei notwendig, auch den Friedenswillen im Ausland zu steigern. Die Sozialdemokratie wünsche keinen Bergfriede, sondern einen Vergleichsfrieden, dahingehend, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne behalte. Der Redner besprach dann das Antworttelegramm des Königs an die Blaunener Delegation für einen deutschen Frieden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Handlungen des Königs nicht kritisiert werden dürften. Da jedoch das Gesamtministerium hierfür verantwortlich sei, lehne die Sozialdemokratie die Forderung für das Gesamtministerium ab. In der gestrigen Kreisversammlung habe man dem König auch noch den Dank für sein Telegramm ausgesprochen. Er protestiere dagegen, daß in dem Telegramm etwas behauptet werde, was nicht zutrefte. Nach seiner Meinung sei der König vom Gesamtministerium schlecht beraten. Auch in Sachen habe man den Versuch gemacht, eine Annäherung zwischen Monarchie und Sozialdemokratie herbeizuführen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß einem gegenseitigen Austausch nichts im Wege stehe. Eine weitere Annäherung sei jedoch infolge der Haltung der Regierung nicht möglich. Er verweise nur auf die Vorlagen betr. die Reform der Ersten Kammer und den Entwurf einer neuen Verfassungsordnung. Der letztere sei ein Manneswerk und eine Bekräftigung des Hauses. Auch eine Wahlrechtsreform wie in Preußen sei noch. Die Ausführungen des Redners wurden vielfach von Zuhörern unterbrochen.

Wdg. Dr. Fräßdorf der Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion die Forderung in Kap. 33 ablehne, da sich die Regierung der Mehrheit des Volkes entgegenstelle. Der Reichstag und unsere Verbündeten seien der Ansicht, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abgeschlossen werde. Auch der österreichische Außenminister habe sich hierfür erklärt. Es sei notwendig, auch den Friedenswillen im Ausland zu steigern. Die Sozialdemokratie wünsche keinen Bergfriede, sondern einen Vergleichsfrieden, dahingehend, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne behalte. Der Redner besprach dann das Antworttelegramm des Königs an die Blaunener Delegation für einen deutschen Frieden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Handlungen des Königs nicht kritisiert werden dürften. Da jedoch das Gesamtministerium hierfür verantwortlich sei, lehne die Sozialdemokratie die Forderung für das Gesamtministerium ab. In der gestrigen Kreisversammlung habe man dem König auch noch den Dank für sein Telegramm ausgesprochen. Er protestiere dagegen, daß in dem Telegramm etwas behauptet werde, was nicht zutrefte. Nach seiner Meinung sei der König vom Gesamtministerium schlecht beraten. Auch in Sachen habe man den Versuch gemacht, eine Annäherung zwischen Monarchie und Sozialdemokratie herbeizuführen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß einem gegenseitigen Austausch nichts im Wege stehe. Eine weitere Annäherung sei jedoch infolge der Haltung der Regierung nicht möglich. Er verweise nur auf die Vorlagen betr. die Reform der Ersten Kammer und den Entwurf einer neuen Verfassungsordnung. Der letztere sei ein Manneswerk und eine Bekräftigung des Hauses. Auch eine Wahlrechtsreform wie in Preußen sei noch. Die Ausführungen des Redners wurden vielfach von Zuhörern unterbrochen.

Wdg. Dr. Fräßdorf der Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion die Forderung in Kap. 33 ablehne, da sich die Regierung der Mehrheit des Volkes entgegenstelle. Der Reichstag und unsere Verbündeten seien der Ansicht, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abgeschlossen werde. Auch der österreichische Außenminister habe sich hierfür erklärt. Es sei notwendig, auch den Friedenswillen im Ausland zu steigern. Die Sozialdemokratie wünsche keinen Bergfriede, sondern einen Vergleichsfrieden, dahingehend, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne behalte. Der Redner besprach dann das Antworttelegramm des Königs an die Blaunener Delegation für einen deutschen Frieden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Handlungen des Königs nicht kritisiert werden dürften. Da jedoch das Gesamtministerium hierfür verantwortlich sei, lehne die Sozialdemokratie die Forderung für das Gesamtministerium ab. In der gestrigen Kreisversammlung habe man dem König auch noch den Dank für sein Telegramm ausgesprochen. Er protestiere dagegen, daß in dem Telegramm etwas behauptet werde, was nicht zutrefte. Nach seiner Meinung sei der König vom Gesamtministerium schlecht beraten. Auch in Sachen habe man den Versuch gemacht, eine Annäherung zwischen Monarchie und Sozialdemokratie herbeizuführen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß einem gegenseitigen Austausch nichts im Wege stehe. Eine weitere Annäherung sei jedoch infolge der Haltung der Regierung nicht möglich. Er verweise nur auf die Vorlagen betr. die Reform der Ersten Kammer und den Entwurf einer neuen Verfassungsordnung. Der letztere sei ein Manneswerk und eine Bekräftigung des Hauses. Auch eine Wahlrechtsreform wie in Preußen sei noch. Die Ausführungen des Redners wurden vielfach von Zuhörern unterbrochen.

Wdg. Dr. Fräßdorf der Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) teilt mit, daß die sozialdemokratische Fraktion die Forderung in Kap. 33 ablehne, da sich die Regierung der Mehrheit des Volkes entgegenstelle. Der Reichstag und unsere Verbündeten seien der Ansicht, daß ein Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen abgeschlossen werde. Auch der österreichische Außenminister habe sich hierfür erklärt. Es sei notwendig, auch den Friedenswillen im Ausland zu steigern. Die Sozialdemokratie wünsche keinen Bergfriede, sondern einen Vergleichsfrieden, dahingehend, daß Deutschland seinen Platz an der Sonne behalte. Der Redner besprach dann das Antworttelegramm des Königs an die Blaunener Delegation für einen deutschen Frieden. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Handlungen des Königs nicht kritisiert werden dürften. Da jedoch das Gesamtministerium hierfür verantwortlich sei, lehne die Sozialdemokratie die Forderung für das Gesamtministerium ab. In der gestrigen Kreisversammlung habe man dem König auch noch den Dank für sein Telegramm ausgesprochen. Er protestiere dagegen, daß in dem Telegramm etwas behauptet werde, was nicht zutrefte. Nach seiner Meinung sei der König vom Gesamtministerium schlecht beraten. Auch in Sachen habe man den Versuch gemacht, eine Annäherung zwischen Monarchie und Sozialdemokratie herbeizuführen. Er stehe auf dem Standpunkte, daß einem gegenseitigen Austausch nichts im Wege stehe. Eine weitere Annäherung sei jedoch infolge der Haltung der Regierung nicht möglich. Er verweise nur auf die Vorlagen betr. die Reform der Ersten Kammer und den Entwurf einer neuen Verfassungsordnung. Der letztere sei ein Manneswerk und eine Bekräftigung des Hauses. Auch eine Wahlrechtsreform wie in Preußen sei noch. Die Ausführungen des Redners wurden vielfach von Zuhörern unterbrochen.

Staatsminister Graf Bismarck von Göttau bemerkt, daß hierfür der Rechtsstitel fehle, der für Bayern aus den Friedensverhandlungen von 1871 herühre. Uebrigens nehme ein Vertreter Bayerns an den Friedensverhandlungen als Vertreter des Reichstanzlers teil.

Hdg. Brodau (fortsch.) hebt hervor, daß der Entwurf der Landtagsordnung überall großes Bestreben hervorgerufen habe. Der Redner wendet sich gleichfalls gegen den Inhalt des Telegramms des Königs und fordert die Staatsregierung auf, die Krone darüber zu informieren, wie derartige Depeschen, die den Inhalt von Antwortschreiben geben, zustande kommen. Die Agitation der Vaterlandspartei sei eine gründliche Verfälschung der oberen Stellen. Für ihn sei die Lösung für das Vaterland, deshalb gegen die Vaterlandspartei.

Hdg. Dr. Böhnel (natlib.) bemerkt, daß die Verweigerung der Ministergehälter nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Folgen habe. Dem Vizepräsidenten Fröhlich könne er bezüglich seiner Äußerungen über auswärtige Politik nicht zustimmen. Dagegen müsse er die Kriegsziele der Vaterlandspartei durchaus anerkennen, da sie nicht über das Ziel hinausschießen.

In der Aussprache über das Kap. Gesamtministerium bemerkt Staatsminister Graf Bismarck von Göttau, daß das Forschungsinstitut für Textilindustrie infolge einer Anregung aus den Kreisen der Industriellen errichtet werden solle. Die Regierung sei bereit, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen, daß die Errichtung eines derartigen Institutes in Sachsen gesichert sei.

Hdg. Fieischer (unabh. Soz.) spricht sich gegen die Anwesenheit der Minister in der Reichstagsversammlung aus. In der Großadmiral von Tirpitz gesprochen hatte. Weiter kritisiert er die Antwort des Staatsministers Dr. Beck auf seine eigenen Ausführungen in der Kammer Sitzung vom 27. November. Im eigenen Schweigen der Redner vom Gegenstande der Tagesordnung ab, so daß er vom Präsidenten hierauf aufmerksam gemacht wird.

Staatsminister Dr. Beck bemerkt, daß die Ausführungen des Hdg. Fieischer, gegen die er sich geäußert habe, am 4. Dezember vom „Matin“ ausgebaut worden seien. Er bedaure, daß solche Reden hier gehalten würden. Auf die Angriffe gegen die Vaterlandspartei würde schließlich aus dem Hause geantwortet werden. Im übrigen seien die Minister der Einladung zum Vortrage des Großadmirals von Tirpitz mit Freuden gefolgt, einmal, um seine Ausführungen zu hören, das andere Mal, um dem hochverehrten Mann eine Aufmerksamkeit zu erweisen und um ihm erneut dankbar die Hand zu drücken für das, was er für das Vaterland getan habe. (Lebhafte Beifall.) Er erhebe schärfsten Widerspruch gegen irrtümliche Beleidigungen dieses hervorragenden Mannes, dem man als Organisator unserer Flotte und als Schöpfer der Unterseebootaffe den unauslöschlichen Dank zum Ausdruck bringen sollte. Wenn England auf die Rufe gezwungen werde, dann werde der Name Tirpitz besonders hell erklingen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Minister setzen sich darin keine Vorschriften machen, wenn sie einem solchen Manne die Hand drücken wollten. Ein Volk, das seine großen Männer ehre, ehre sich selbst. (Lebhafte Zustimmung.)

Vizepräsident Dr. Spieß (konf.): Er sehe nicht ein, warum nicht auch ein Rüstungsplan offen ausgesprochen soll. Seitens der Vaterlandspartei werde gewünscht, daß diejenigen, die uns die Fenster scheiben eingeworfen haben, diese auch bezahlen. Die Angriffe gegen diese Partei erbringen den Beweis, wie gefährlich ihre Gegner die Bestrebungen gegen einen Verzichtstreiben halten. Gerade die Linke habe Unlaß, sich der Vaterlandspartei anzuschließen, da die Forderung, das deutsche Volk nicht mit schweren Lasten zu bedrücken, besonders im Interesse der arbeitenden Klassen liege.

Ruhe und Ordnungsrufe.

Hdg. Hettner (natlib.) bemerkt, daß die Vorlagen über die Reform der Ersten Kammer und der Landtagsordnung selbst die geringsten Hoffnungen enttäuscht hätten. Deshalb könne man jedoch nicht das schwerste Geschick aufhängen und die Ministergehälter abzuschneiden. Auch dem Völkler der Krone stehe das Recht der freien Meinungsäußerung zu. Im übrigen habe er die feste Überzeugung, daß die Vaterlandspartei die Mehrheit des Volkes hinter sich habe. Auch Tirpitz dürfe man nicht verwehren, seine Überzeugung zu äußern. Wenn das Volk durchhalte, werde der Krieg verkürzt; denn nach einem jeden Siege Hindenburg würden unsere Feinde dem Frieden geneigter. Die Bestrebungen für einen Verständigungsfrieden würden nur verlängert auf den Krieg.

Der Redner wurde fortwährend durch Zwischenrufe von links unterbrochen, weshalb Präsident Dr. Vogel um Ruhe ersucht. Als der Hdg. H. (fortsch.) wieder das Wort erhielt, wurde er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Dagegen erhob Hdg. H. schriftlichen Einspruch, worauf der Präsident darüber abstimmen läßt, ob der Ordnungsruf berechtigt war oder nicht. 20 Mitglieder stimmten dafür und 10 dagegen.

Präsident Dr. Vogel ruft ferner noch nach der Durchsicht des Stenogramms den Hdg. Brodau zur Ordnung, weil er das Verhalten des Großadmirals von Tirpitz selbst genannt hatte.

Nach weiteren Ausführungen der Hdg. Dr. Seyfert (natlib.), Brodau (fortsch.), Endermann (Soz.), Dr. Böhme (konf.) und Fröhlich (Soz.) wurden die Kapitel genehmigt. Wegen Kap. 83 stimmten die Sozialdemokraten. Weiter genehmigte die Kammer eine Reihe von Staatskapiteln und überwies den Antrag des Hdg. Günther und Genossen betr. die Ausgliederung von hypothekarischen Schuldforderungen sowie die Maßnahmen für den in Not geratenen Haus- und Grundbesitz der Finanzdeputation B. — Nächste Sitzung: Mittwoch.

Ein nationalliberales Entgegnung.

Die nationalliberale Fraktion der Zweiten Kammer hat den nachstehenden Antrag bei der Sitzung eingebracht: Die Kammer wolle beschließen: 1. die Staatsregierung zu ersuchen, noch in diesem Landtage einen Gesetzentwurf einzubringen, wonach die Landes-Brandversicherungsanstalt vom 1. Juli 1918 dahin abgeändert wird, daß in der Abteilung für Gebäudeversicherung die Landes-Brandversicherungsanstalt für den an einem versicherten Gegenstand entstehenden Schaden nicht nur bis zur Höhe der Versicherungssumme haftet, sondern bis zur vollen Höhe des entstandenen Schadens, ohne Unterschied, ob die der Beitragsberechnung zugrunde liegende Versicherungssumme höher oder niedriger ist. Die Höhe der Schadenerstattung soll sich — unter voller Wahrung des Grundprinzips, daß dem Versicherungsnehmer mehr als der Betrag des Schadens nicht zu ersetzen ist — richten nach dem Versicherungswert des versicherten Gegenstandes zur Zeit der Versicherungsabnahme oder nach der Höhe des zur Zeit der Wiederherstellung des vorigen Zustandes notwendigen Aufwandes; 2. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Keine politische Reden.

Der König von Bayern verlieh dem Staatssekretär Wallraff den Verdienstorden des Heiligen Michael 1. Klasse. Das Verbot des „Vorwärts“ im Hauptausdruck. Im Hauptausdruck des Reichstages wandte sich gegen den Verbot des „Vorwärts“, das allen Zensurmaßnahmen die Krone aufhebe. Die Ereignisse in Oesterreich-Ungarn seien hochpolitischer Natur. Im Hinblick auf die Herabsetzung der Wahl- und Wahlration sei es dort zu Unständen gekommen, die sehr bald politischen Charakter annehmen. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes habe auf Rückfrage darüber nichts mitteilen können, während die übrige Welt genaue Kenntnis davon gehabt hat: während andere Zeitungen über die Vorgänge berichteten, sei der „Vorwärts“ dieserhalb verboten worden. Der Reichstag sei es seiner Würde schuldig, hiergegen Stellung zu nehmen. Major Graf von Arminius-Hilff erwiderte, das Verbot der Berichterstattung sei infolge der widerstrebenden Meinungen aus Oesterreich-Ungarn vorläufig erlassen, aber schon aufgehoben. Das Verbot sei nicht vom Kriegsminister ausgegangen. Entsprechend der Zulage habe der „Vorwärts“ die Zensurbestimmungen durchbrochen. Hdg. Freyberger (Centr.) verlangte Aufhebung der Verfügungen, bis der Kriegsminister und Vertreter des Auswärtigen Amtes erschienen seien. Scheidemann (Soz.) bestritt, daß der „Vorwärts“ die Zensurbestimmungen übertreten habe. Staatssekretär Wallraff hielt es für im Augenblicke nicht möglich, die aufgeworfenen Fragen angeht ihrer weittragenden Bedeutung zu erörtern und empfahl, die Erörterungen im Hinblick auf die Ziele des Reichstages weiterzuführen. Hierauf wurde die Beratung bis nach der Reichstagspause zurückgestellt.

General v. Löwenfeld zur Disposition gestellt. Der stellv. Kommandierende General des Gardekorps v. Löwenfeld ist zur Disposition gestellt worden. Bereits im Jahre 1912 wurde General v. Löwenfeld a. D. aber bei Ausbruch des Krieges wieder zum Kommandierenden des Gardekorps berufen. Er ist 79 Jahre alt.

Tobiasfall. In Würzburgen fand der frühere Gemeindevorsteher in Würzburg, Wilhelm, der 1906 indirekt die Verwaltung der Stadt Würzburg übernahm, durch das Zentrum verlangte damals definitiv durch den Abgeordneten Erberger die Wiederbestellung, ließ aber bei den Staatssekretär Vererbung auf den herbedingten Widerstand. Die Ablehnung des parlamentarischen Rechtsgerechts durch das Zentrum führte dann zur Reichstagsaufstellung. Wilhelm hatte dem Abgeordneten Erberger amtliches Material für seine Angriffe gegen die Regierung zur Verfügung gestellt.

Julius Bachm. Der bekannte Zentrumschriftsteller Julius Bachm., der über 40 Jahre an der „Allg. Volkstg.“ tätig gewesen ist, ist im 78. Lebensjahre gestorben.

Eine Erklärung der Deutsch-Böhmern. Die Deutsch-Böhmische Vereinigung wird beim Wiederausbruch des österreichischen Abgeordnetenhauses eine Erklärung abgeben, in der gesagt wird: Es werde Bedacht auf eine freie und durch eine nationale Selbstverwaltung erreichbare Entwicklung des Volkes in einer selbständigen Provinz Deutsch-Böhmens mit allen Eigenschaften, Rechten und Einrichtungen eines Kronlandes im Rahmen des Kaiserthums Oesterreich zu nehmen sein. Das Deutsche Volk werde die zu seiner endlichen Befreiung aus der Vormacht der Tschechen in Böhmen nicht ruhen und jeden Versuch, durch Ausschließen eines böhmisch-slawischen Staates für immerdar unterjocht zu werden, nicht möglich sei, so weit es weiter, erklären wir einzig mit ganz Deutsch-Böhmern, daß wir einen Landtag des Königreichs Böhmen nie mehr anerkennen und keinesfalls dulden werden. Wir verlangen für die Provinz Deutsch-Böhmern eine eigene Landesvertretung, aufgebaut auf dem allgemeinen gleichen und unmittelbaren Wahlrecht. Wir werden unsere Stellung zu den Forderungen des Staates jeweils vom Stande unserer Deutsch-Böhmischen Sache abhängig machen.

Der Frieden und die ungarische Arbeiterfrage. Was Budapest wird gemeldet: Der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle empfing eine Arbeiterdelegation, welche eine Denkschrift mit den Wünschen der Arbeiterverfassung überreichte. Nach der Denkschrift wünschen die Arbeiter einen annexionslosen, auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhenden Frieden, ferner, daß der im Abgeordnetenhause unterbreitete Wahlrechtsentwurf unverzüglich verhandelt und das Haus aufgelöst werde, falls die Tagespartei die Verlegung verhindern sollte. Außerdem wünschen die Arbeiter eine gerechte und billige Verteilung von Lebensmitteln und Bekleidungsartikeln an die Arbeiter. Der Ministerpräsident verlies bezüglich des Friedensschlusses auf die bekannte Erklärung Achtung und sagte hinzu, daß die ungarische Regierung die Friedenspolitik mit voller Kraft unterstützen werde, daß aber Ereignisse wie der Streit der Friedensverhandlungen ernstlich gefährdeten. Falls die Arbeiter das Internationale des Friedens wünschten, müßten die unständigen Verleumdungen sofort eingestellt werden. Der Führer der Arbeiterdelegation sprach die Hoffnung aus, daß die Arbeit nun in künftigen Verleihen aufgenommen würde. Am Montag wurde in jenen Verleihen, in welchen der Streik unterbrochen war, die Arbeit wieder aufgenommen.

Von Stadt und Land.

Aug. 28. Januar
Angehend des Nachmittags, die nach ein halbes Jahrhundert im 18. und im 19. Jahrhundert — nur mit geringer Unterbrechung gehalten.

Kriegsauszeichnungen. Dem Soldaten Kurt Salzer und dem Schützen Karl Salzer, beide Söhne des Schuhbauers Karl Salzer, wohnhaft Wehrstraße 24, wurde die Friedrich-August-Medaille verliehen. Die gleiche Auszeichnung erhielt der Artillerist Richard Schünherr, Sohn des Witzschändlers Wenzel Schünherr, Mittelstraße 81.

Lebensmittel am Donnerstag. Morgen Donnerstag gelangen Fischkonserven auf Marke D der grünen Warenkarte, T 5 der Bezirkslebensmittelliste zur Ausgabe.

Wohltätigkeitskonzert im „Bürgergarten“. Zum Besten des Hiesigen Kinderheims „Margaretenstift“ wird Herr Königl. Musikdirektor Wälsch vom Schneeberger Lehrerseminar Sonntag, den 3. Februar, abends 8 Uhr im „Bürgergarten“ mit dem Damenchor, dem Semnchor und der Damenabteilung-Wiederholung aus Schneeberg ein Konzert veranstalten. Neben Chören werden Vorträge für Klavier, Violine und Viola gegeben werden. Der gute Ruf, der den Konzertierenden vorausgeht, verpflichtet ihnen ein volles Haus zu sichern, so daß hoffentlich ein hübscher Meinertrag dem sehr bedürftigen Kinderheim zugunsten werden kann.

Hundegeld abgeben! Diejenigen Hausbesitzer, die den Hundegeld bis jetzt noch nicht abbezahlt haben, werden daran erinnert, den Betrag sofort abzugeben, da sie sich sonst der Bestrafung aussetzen. Auch von solchen Häusern, in denen keine Hunde gehalten werden, müssen die Beträge abbezahlt werden, mit dem Vermerk, daß Hunde nicht gehalten werden.

Ein Eisenbahnunfall. Bereits in unserer gestrigen Nummer haben wir von einem uns zugegangenen Bericht über einen Eisenbahnunfall bei Zwota Kenntnis gegeben. Heute wird uns darüber weiter mitgeteilt: Der Personenzug 1764 fuhr Montag früh auf dem Bahnhof Zwota auf eine leere Lokomotive. Die Maschinen wurden vollständig zerstört, die Personenwagen entgleisten. Der Zugführerwagen fiel um wobei fünf Bahnbeamte leicht verletzt wurden. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten. Unter den Verletzten befinden sich Beamte aus Ruz.

Sammelzeitung wieder! Für die Bedürfnisse der Landesverwaltung wird von jetzt ab eine neue Sammelzeitung herausgegeben und in allen Schulen und bei den von den Gemeindeverwaltungen bestimmten Dienststellen dauernd angenommen. Die Sammelstellen werden durch einen Anschlag gekennzeichnet. Es ist dringend erwünscht, daß alles zusammengebracht wird, was an Sammelzeitungen in den Haushaltungen ungenutzt liegt. Der Bedarf ist groß. Wer sich durch Eifer und Erfolg besonders hervorzieht, erhält ein Gedächtnis.

Vom Wetter. Die milde Witterung hält an. Heute Vormittag regnete es ziemlich heftig. Man darf gespannt sein, was nun folgen wird.

Die Neuordnung unseres Ernährungswesens. Das Kriegsernährungsamt teilt mit: Die von einer Sachverständigenkommission verarbeitete Mitteilung, die Kriegsernährungsamt habe eine Neugestaltung des Ernährungswesens genehmigt, welches zum Ziel habe, die bisherige Tätigkeit der Kommunalverwaltungen und Behörden durch eine wirtschaftliche Organisation der Bezugsquellen zu ersetzen, entspricht nicht den Tatsachen. Man ist nur, daß eine von verschiedenen landwirtschaftlich verschiedenen eingereichte Denkschrift, die diesen Plan verfolgt, Gegenstand von noch fortwährenden Besprechungen im Kriegsernährungsamt ist. Weder der Vorstand noch der Beirat des Kriegsernährungsamtes haben sich mit dem Projekt beschäftigt. Von einer erfolgten Entscheidung des Staatssekretärs kann somit keine Rede sein.

Fernsprech-Teilnehmer-Verzeichnis. Im Mai erscheint eine Neuauflage des Verzeichnisses der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen im Ober-Postdirektionsbezirk Chemnitz. Anteile auf Änderungen oder Vervollständigung bestehender Eintragungen sind bis zum 9. Februar schriftlich und rankiert an die Bezirksanstalt zu richten, an welche die Teilnehmer angeschlossen sind.

Keine Lagerbücher mehr für Schuhwarenhandler. Die Reichbedarfsstelle weist darauf hin, daß laut Bekanntmachung vom 22. Dezember 1917 die Schuhwarenhandler keine Lagerbücher mehr führen dürfen.

Xy Studenten- und Schülerherbergen. Die Schülerherbergen des sächsischen Erzgebirges, die dem Höhenberger Verbands angegeschlossen sind, hatten im vergangenen Jahre unter allen deutschen Wanderherbergen bei insgesamt 488 gewährten Übernachtungen den stärksten Besuch, der allerdings auch hier in den Kriegsjahren bedeutend zurückgegangen ist und zwar von 3010 i. J. 1913 auf die angegebene Zahl des Vorjahres und in den das Wandern ungünstig beeinflussenden Schwierigkeiten der Jungmannschaft der deutschen Schulanstalten begründet ist. Von allen sächsischen wie auch deutschen Herbergen hatte Oberwiesenthal mit 112 gewährten Nachtlagern an 30 Besuchstagen den stärksten Besuch, dann folgen Johanngeorgenstadt mit 88, Annaberg mit 46, Schneeberg mit 32, Oibernhau mit 25, Wolkestein mit 22, Reichenberg-Bienenthal mit 21, Bockau u. Johstätt mit 18, Weyer mit 15, Wuchholz mit 14, Neue, Neustadt, Trottendorf, Sayda mit 12, Babilly mit 11, Stollberg mit 10, Rönitz mit 8 Besuchen u. s. w. Im J. 1884 wurden die ersten Studenten- und Schülerherbergen begründet, bis jetzt haben sie insgesamt 584.600 Nachtlager unentgeltlich geboten.

27. Heutige, 22. Januar. Ein erschütterndes Ende fand der hiesige, im 89. Lebensjahre stehende Bäckermeister und Kaffeehausbesitzer Kurt Bachmann, Gesteiler in einem Infanterieregiment und Inhaber der Ehrenmedaille und Friedrich-August-Medaille. Er besand sich auf Urlaub bei den Seinen, und es wurde Schlachtfest gehalten. Hierbei genoh er mit Methylalkohol versetzten Brantwein, worauf er schwer erkrankte, erblindete und zwei Tage darauf verstarb. Mit militärischen Ehren wurde er in Anwesenheit vieler Kameraden seines Truppenteils und unter großer Teilnahme der Einwohnerschaft beerdigt. Das traurige Schicksal des sehr geachteten und beliebten Mannes und seiner Familie findet allseitige Anteilnahme. Ein naher Verwandter, der ebenfalls von dem Alkohol gerunken hatte, erkrankte auch, erbrach sich aber und wurde dadurch gerettet. — Kaffeehauswirt Felsig Kreibitz, Wassenmelher in einem sächsischen Feldartillerie-Regiment, erhielt die Friedrich-August-Medaille in Silber; er ist bereits im Besitze des Eisernen Kreuzes und des sächsischen Friedrich-August-Kreuzes erster Klasse.

28. Heutige, 22. Januar. Ein erschütterndes Ende fand der hiesige, im 89. Lebensjahre stehende Bäckermeister und Kaffeehausbesitzer Kurt Bachmann, Gesteiler in einem Infanterieregiment und Inhaber der Ehrenmedaille und Friedrich-August-Medaille. Er besand sich auf Urlaub bei den Seinen, und es wurde Schlachtfest gehalten. Hierbei genoh er mit Methylalkohol versetzten Brantwein, worauf er schwer erkrankte, erblindete und zwei Tage darauf verstarb. Mit militärischen Ehren wurde er in Anwesenheit vieler Kameraden seines Truppenteils und unter großer Teilnahme der Einwohnerschaft beerdigt. Das traurige Schicksal des sehr geachteten und beliebten Mannes und seiner Familie findet allseitige Anteilnahme. Ein naher Verwandter, der ebenfalls von dem Alkohol gerunken hatte, erkrankte auch, erbrach sich aber und wurde dadurch gerettet. — Kaffeehauswirt Felsig Kreibitz, Wassenmelher in einem sächsischen Feldartillerie-Regiment, erhielt die Friedrich-August-Medaille in Silber; er ist bereits im Besitze des Eisernen Kreuzes und des sächsischen Friedrich-August-Kreuzes erster Klasse.

28. Heutige, 22. Januar. Ein erschütterndes Ende fand der hiesige, im 89. Lebensjahre stehende Bäckermeister und Kaffeehausbesitzer Kurt Bachmann, Gesteiler in einem Infanterieregiment und Inhaber der Ehrenmedaille und Friedrich-August-Medaille. Er besand sich auf Urlaub bei den Seinen, und es wurde Schlachtfest gehalten. Hierbei genoh er mit Methylalkohol versetzten Brantwein, worauf er schwer erkrankte, erblindete und zwei Tage darauf verstarb. Mit militärischen Ehren wurde er in Anwesenheit vieler Kameraden seines Truppenteils und unter großer Teilnahme der Einwohnerschaft beerdigt. Das traurige Schicksal des sehr geachteten und beliebten Mannes und seiner Familie findet allseitige Anteilnahme. Ein naher Verwandter, der ebenfalls von dem Alkohol gerunken hatte, erkrankte auch, erbrach sich aber und wurde dadurch gerettet. — Kaffeehauswirt Felsig Kreibitz, Wassenmelher in einem sächsischen Feldartillerie-Regiment, erhielt die Friedrich-August-Medaille in Silber; er ist bereits im Besitze des Eisernen Kreuzes und des sächsischen Friedrich-August-Kreuzes erster Klasse.

28. Heutige, 22. Januar. Ein erschütterndes Ende fand der hiesige, im 89. Lebensjahre stehende Bäckermeister und Kaffeehausbesitzer Kurt Bachmann, Gesteiler in einem Infanterieregiment und Inhaber der Ehrenmedaille und Friedrich-August-Medaille. Er besand sich auf Urlaub bei den Seinen, und es wurde Schlachtfest gehalten. Hierbei genoh er mit Methylalkohol versetzten Brantwein, worauf er schwer erkrankte, erblindete und zwei Tage darauf verstarb. Mit militärischen Ehren wurde er in Anwesenheit vieler Kameraden seines Truppenteils und unter großer Teilnahme der Einwohnerschaft beerdigt. Das traurige Schicksal des sehr geachteten und beliebten Mannes und seiner Familie findet allseitige Anteilnahme. Ein naher Verwandter, der ebenfalls von dem Alkohol gerunken hatte, erkrankte auch, erbrach sich aber und wurde dadurch gerettet. — Kaffeehauswirt Felsig Kreibitz, Wassenmelher in einem sächsischen Feldartillerie-Regiment, erhielt die Friedrich-August-Medaille in Silber; er ist bereits im Besitze des Eisernen Kreuzes und des sächsischen Friedrich-August-Kreuzes erster Klasse.

Ich verschieden. Als der Vater bei der Heimkehr sein totes Kind erblickte, faßte er den Entschluß, gleichfalls aus dem Leben zu scheiden und öffnete die Gaschne in der Küche, worauf er den Tod erwartete, der auch in der Nacht zum Sonntag eintrat. Erst am Dienstag abend, als eine in Leipzig verheiratete Tochter Bachmanns zufällig zu Besuch kam und nicht Einlaß fand, wurde der Vorgang aufgedeckt.

Seipzig, 22. Januar. Im Warenhaus Althoff sind Warenbleibstähle des Personals in größerem Umfange festgesetzt worden. Nach den bisherigen Ermittlungen dürften für etwa 5000 Mk. Waren gestohlen worden sein. Höhere Zahlen, die gerichtlich im Umlauf sind, werden von der Geschäftsleitung als unzutreffend bezichtigt. Mehrere Angestellte der Firma sind verhaftet worden.

Vermischtes.

Goldenes Jubiläum des bayerischen Königs. König Ludwig und Königin Marie Theresie von Bayern begehen am 20. Februar das Fest der goldenen Hochzeit. Ihrem Wunsche entsprechend soll die Feier mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit in einfacher Weise begangen werden.

Ein Regierungsrat als Dieb. Die Straftaten des Regierungsrates Dr. Brenke aus Minden, der, wie wir berichteten, in Braunschweig bei einem Juwelierdiebstahl verhaftet wurde, erfahren eine grelle Beleuchtung durch eine Interpellation in der Göttersloh Stadtkonferenz. Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Wolf erklärte Stadtrat Marten, daß im April 1917 die Sparkasse Göttersloh durch einen Regierungsrat Dr. Brenke revidiert wurde. Zwei Monate später sei festgestellt worden, daß ein Zinscheinbogen über eine Reichsschatz-Anweisung von 20000 Mark fehlte. Bei der kürzlich in Braunschweig erfolgten Verhaftung des Regierungsrats Dr. Brenke habe dieser eingestanden, daß er den Zinscheinbogen in Göttersloh entwendet habe. Die Sparkasse habe das Wertpapier wiedererhalten, fünf Zinscheine für 2250 M. habe Dr. Brenke aber bereits verwertet. Der Verlust der Sparkasse sei inzwischen aus dem Vermögen des Regierungsrats völlig gedeckt worden.

Kunst und Wissenschaft.

Vorbereitung eines deutschen Studententages. In Jena kamen studentische Vertreter von allen deutschen Hochschulen zusammen, um sich über vorbereitende Maßnahmen zur Gründung eines Deutschen Studententages zu beraten. Die Gründung während der Kriegszeit wurde abgelehnt und ein Ausschuß, bestehend aus den Delegierten der Hochschulen Berlin, Göttingen und Stuttgart, eingesetzt, der die vorbereitenden Arbeiten in die Hand nehmen und Material sammeln soll, das den einzelnen Hochschulen unterbreitet wird. Als Ort wurde Berlin bestimmt. Der Deutsche Studententag soll die idealen und materiellen Interessen der deutschen akademischen Jugend vertreten.

Letzte Drahtnachrichten.

27.000 Tonnen versenkt!

Jordörung wichtiger Transportschiffe. (Amtlich.) Berlin, 22. Januar. Unsere U-Boote im Mittelmeer waren kürzlich mit besonders gutem Erfolg gegen den Transportverkehr nach Italien und dem Orient tätig. 7 Dampfer und 2 Segler mit rund 27.000 Bruttoregistertonnen sind ihren Angriffen zum Opfer gefallen. Den Hauptanteil an diesen Erfolgen hat Kapitänleutnant Becker (Frankr.). Alle Dampfer, die auf einen waren bewaffnet und führen meist in stark gesicherten Geleitzügen. Unter ihnen konnten namentlich festgestellt werden die englischen Dampfer Egyptian Transport, Steelville, Marion und Arsh, deren Vernichtung für die Kriegswirtschaft unserer Feinde von besonderer Bedeutung ist, weil mit ihnen 24.000 Tonnen Kohlen verloren gingen. Von den übrigen Dampfern hatte einer Munition geladen, ein anderer anscheinend mit Reis tief-

beladener Dampfer wurde im Artilleriegefecht nahe verfolgt auf die Klippen vor der Rüste von Cyrenaka gejagt und dort trotz Eingreifens einer Landbatterie vernichtet. Die beiden Segler mit dem Namen Gusseppe und San Antonio waren italienischer Nationalität; von ihnen hatte ersterer Holzladung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bern, 22. Januar. Die Pariser Presse meldet: Der Oberbefehlshaber der Marine, Admiralstabchef Theon de Revel ist in Paris eingetroffen. Er hatte mit dem Marineminister längere Besprechungen, besonders über die Zusammenarbeit der italienischen Marine mit der französischen Marine bezüglich der Bekämpfung der U-Boote, sowie über die Arbeiten des gemeinsamen Marineauschusses der Alliierten, welcher demnächst in London zusammentreten soll.

Berlin und die Vorgänge in Rußland.

Berlin, 23. Januar. Die ursprünglich für gestern geplante Besprechung des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes von Kühlmann mit den Führern der Reichstagsfraktionen findet heute Nachmittag statt. Für Donnerstag bleibt es bei der angekündigten Rede des Reichstagslanglers. Zum selben Tage ist der Ausschuß der österreichischen Delegationen einberufen, in welchem Graf Czernin wichtige Erklärungen abzugeben beabsichtigt. — Wie der Lokalanzeiger schreibt, wurde gestern abend in parlamentarischen Kreisen die Lage in Rußland als recht kritisch angesehen. Dasselbe Blatt meldet: Ein Erlaß der russischen Volkskommission wendet sich gegen die drohende Erhebung in der russischen Hauptstadt, wo die Bolschewiki gegenwärtig nicht über ausreichende Kräfte verfügten. Es werde angenommen, daß die Petersburger Regimenter den Bolschewiki nicht mehr blindlings ergeben seien, sondern sich bei einem neu ausfallenden Bürgerkrieg neutral erklären würden. Die Bolschewiki trafen Gegenmaßnahmen durch Heranziehung ergebener Matrosen und sinnlicher Truppen, sowie durch Vermehrung der letzten Scharfschützen. Bedenklich sei auch die tägliche Verschärfung der Lebensmittelkrisis. — Der Kommandant der Schwarzmeerflotte, Admiral Nemej, soll dem ukrainischen Generalsekretariat mitgeteilt haben, daß er die ukrainische Regierung offiziell anerkenne.

Die Ausstände in Oesterreich.

Wien, 22. Januar. Im Abgeordnetenhaus erklärte Ministerpräsident von Seidler: „Wir erstreben einen ehrenvollen Frieden, der uns und unseren Verbündeten für alle Zeiten den sicheren Bestand verbürgt. Die Ausstandsbewegung habe zwar keinen ausbreitenden Charakter an sich, habe aber doch bedeutliche Formen annehmen können. Die Regierung habe kein Bedenken getragen, besonders auf dem Gebiete des Gemeindefortschritts die seit langem erwohnten Reformen zuzusagen. Die Durchführung werde so geschehen, daß der nationale Besitzstand gewahrt werde. (Wärm und Freischnecke bei den Tischen) und die berechtigten Ansprüche aller Volksteile im Rahmen des Möglichen ihre Befriedigung finden.“

Wien, 22. Januar. Die deutschnationalen Parteien des Abgeordnetenhauses haben beschlossen, sich zu einem Verband zusammenzuschließen, welcher den Namen Verband der deutschnationalen Parteien des österreichischen Abgeordnetenhauses führt. Der neue Verband zählt 94 Mitglieder. Die Leitung liegt einem 23gliedrigen Ausschuß ob.

Gegen die militärische Zensur.

Berlin, 22. Januar. Hauptauschuß des Reichstages. Die Erörterung im Unterausschuß führte zu dem Beschluß, das Gesetz über den Kriegszustand vom 4. Dez. 1918 dahin abzuändern, daß gegenüber den Anordnungen der militärischen Zensur eine militärische Zensurinstanz als Aufsichtsstelle errichtet wird, und als besondere Beschwerdestelle ein Senat des Reichsmilitärgerichts, bestehend aus vier zivildienstlichen und drei militärischen Mitgliedern, jenseitig zu einer Entscheidung, den Reichstagsmitgliedern zu erlauben, für die Entscheidungen der militärischen Zensurinstanz näher bezeichnete Richtlinien aufzustellen.

zum Vorhof der „Wöben“ und „Breslau“. London, 21. Januar. Nach den von der englischen Admiralität über das Gesecht vor den Dardanellen gegebenen Darstellungen griffen „Wöben“ und „Breslau“ am frühen Morgen des 20. Januar nördlich von Imbros mit dem Erfolge an, daß Maglan und M. 28 schwere Treffer erzielten und durch Geschützfeuer zum Sinken gebracht wurden. Die beiden Schiffe fuhren dann zur Bucht von Imbros weiter, wo die „Breslau“ in eines unserer Minenfelder gerieten wurde, auf eine Mine stieß und sank. Als sich die „Wöben“ dem Eingang zu den Dardanellen näherte, stieß sie ebenfalls auf eine Mine, so daß sie sich hinten mit einer Schlagweite von 15 Grad senkte und schließlich an der Westküste von Kap Ragara selbst auf Strand setzte, wo sie jetzt beständig von unseren Flugzeugen mit Bomben beworfen wird. Wir haben 270 Ueberlebende der Breslau gerettet, die jetzt als Kriegsgefangene in unseren Händen sind.

Die Neutralen geben nach.

Berlin, 23. Januar. Aus Washington wird gemeldet, die holländische Regierung habe beschloffen, 80 holländische Dampfer, welche jetzt in amerikanischen Häfen liegen, an Amerika zu vermieten. Das vorläufige Abkommen sei jedoch in London unterzeichnet worden; es bestimme, daß die Schiffe nicht im Kriegsgebiet fahren sollen.

London, 22. Januar. Dem Reuterschen Büro zufolge meldet Times, daß die Verhandlungen, welche seit einiger Zeit zwischen Vertretern der niederländischen Regierung und der alliierten Regierungen über die Ueberlassung niederländischer Schiffsraum an die Alliierten und die Anfuhr von Lebensmitteln und anderer Bedarfsartikeln nach Holland geführt werden, zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden sind.

Amtliche Bekanntmachung.

Kriegsunterstützung in Aue.

Die Kriegsunterstützung für die 1. Hälfte des Monats Februar 1918 zahlen wir nur an folgenden Tagen aus: Donnerstag, d. 31. Jan. 1918; Freitag, den 1. Febr. 1918; Buchst. A vorm. 8 Uhr Buchst. M 101-Ende vorm. 8 Uhr

B 1-100	1/2 9	NO	1/2 9
B 101-Ende	9	R	1/2 10
C D E	1/2 10	S 1-100	10
F	10	S 101-200	1/2 11
G	1/2 11	S 201-300	11
H	1/2 12	S 301-Ende	1/2 12
J	nachm. 3	T	nachm. 3
K	1/2 4	U V	1/2 4
L	1/2 4	W	1/2 4
M 1-100	4	X Y Z	4

Wer die Reihenfolge nicht einhält, hat zu gewärtigen, daß er zurückgewiesen wird.

Jede Veränderung (Geburts- oder Todesfall, Beurteilung, Entlassung, Eintritt der Hinterbliebenen-Fürsorge, Vollendung des 15. Lebensjahres bei Kindern) ist sofort, spätestens am Tage vor der Auszahlung in unserer Stadtkasse zu melden.

Die Ausweiskarte ist vorzulegen. Hauptstelle: Stadtkasse, Stadthaus, Eingang Lessingstraße, Erdgeschoss, Zimmer 25.

Die Stadtkasse bleibt an diesen beiden Tagen für alle übrigen Kassengeschäfte geschlossen. Der Rat der Stadt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Selbmann. — Druck und Verlag: Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Heizer, Transportarbeiter, geübte Papiergarnspinnerinnen und Weberinnen, sowie Arbeiterinnen für leichtere Beschäftigung zum sofortigen Antritt gesucht.
S. Wollé, Aue i. Sa.

Hilfsdreher u. Hilfsschlosser sowie **Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen** Stellen sofort ein
Elitewerke Aktiengesellschaft Brand-Erbisdorf bei Freiberg in Sachsen.

Liederkranz Aue
Heute, Mittwoch, den 23. Januar, abend 8 Uhr im Wettiner Hof. Trauerständchen betreffend. Der Vorstand.
Elisabeth Schweigert, Konzertsängerin aus Leipzig, erteilt **Gesangs-Unterricht.** Zu melden bei Frau A. König, Wehrstraße 3, 1.

Zöpfe fräst und repariert billigt in kürzester Zeit
Gustav Stern 35yle-n-Perückenfabrik, Aue Weinstadtstraße 48 am Weinplatz Ausgekämmte Frauenhaare taust fiets

Stüchtige **Maschinen- u. Bauhölzer, Niete, Elektromotoren, Stellmacher u. Zimmerleute** für sofort gesucht.
Sächsische Waggonfabrik Werdau i. Sa.

Piano vollständig neu, erstklassig, Fabrik Friedrichs ausf. mit 10jähr. Garantie, sehr preiswert zu verkaufen.
William Glöck, Galtenstein.

ein Mädchen aus besserer Familie für Küche u. Hausarbeit zum 1. April gesucht. Angebote erbeten an die **Dianette Maria Schulz, Buchholz i. Sa.**

Ein Auerwagen und **2 Stb. Sportwagen** zu verk. Verl. Kuechhammerstr. 30a
Schöne Stube mit 2 Kammern u. Gas zu vermieten. Zu erfahren in der Geschäftsstelle des Auer Tagebl.

Schnitzwerkzeug-Schlosser von großer Sohlenschneider-Fabrik in Decaden bei gutem Lohn sofort in dauernde angenehme Stellung gesucht. Angeb. mit Gehaltsanspr. an **Sächsische Sohlenschneider- und Stanzwerke, Dresden-A., Werderstraße 41.**
Zeitgemäße 3- bis 4-Zimm.-Wohnung mit Küche und Zubehör zum 1. April zu mieten gesucht. Best. Angebote unter A. T. 328 an die Geschäftsstelle des Auer Tageblattes.

Welche Metallwarenfabrik liefert einem Kriegsverlegten **Abfälle**, gleichviel welcher Größe, in **decapiertem** oder auch **Schwarzblech** in Stärke von 0,6-1 mm 7 Angebote an **Prokurist Bochmann, Poekau (Schönbach).**
3000 kg Tiefziehstanzblech 1,25 mm stark, verkauft ab Bahnhof Schwarzenberg **G. Flemming, Schwarzenberg i. Sa.** Interessenten belieben sofort ihre Adresse telephonisch unter Nr. 451 anzugeben.

15 Tonnen decapiert. Nutzteile 0,5 mm stark (Eisenformat 20 mal 30 cm) sofort abzugeben.
G. Flemming, Schwarzenberg i. Sa. Fernsprecher 451.

Gastwirtschaft kauft Biermarken. **Bahnhofswirtschaft.**

Die Homöopathische Abteilung von **Kuntze's Apotheke** bringt ihre Medikamente in empfehlende Erinnerung.

Nr. 19

Polenpo
Eine Red...
ist im Preu...
die ernste...
Stundenge...
schen Mitbü...
dung progr...
nischen Ra...
und mit bes...
Zwei-Kaiser...
haben worden
Es hande...
stimmungs...
die Loslösu...
gen und Sch...
des Deutschen...
im Preußische...
letzte Konj...
kunft vertritt...
Bilder nicht...
dürfe, und de...
nicht die D...
Gebiete des...
die Polen lei...
burellen- und...
innerstaatliche...
Die Polen...
nen sich nicht...
der sich im...
physischen un...
gehen könne...
eines Teiles...
nischung fre...
Wenn diese...
man darin...
der Kratauer...
Mai 1917 er...
Verbeugung...
Oesterreich...
Die B...
Reichsrats...
Beschreibung...
erlangung...
dem Jugu...
mit diesen...
Die Be...
stellt ferner...
dieser Frag...
eine Garan...
Wir halte...
offen ins Au...
wels auf die...
sei Dank nich...
nen sie auch...
jenseits der...
et werden mi...
Standpunkt...
Jahresunter...
der überall...
weist, hat Bes...
bar sind.
Wir habe...
ans, der un...
von einer en...
nischen Bolle...
nen die Nach...
Wetkräften...
jen, sicheren...
den geograph...
Was in der...
scheint, wird...
Quelle bitter...
keine Lösung...
Das deut...
des Ostens...
Süddeutsche...
nationalen...
für sich betra...
ein einzelnes...
hinten irgend...
nähes, und f...
stigten Jahre...
hat vielen die...
fer aus taufe...
ben Fragen t...